Deutscher Bundestag **Drucksache 18/8402**

18. Wahlperiode 11.05.2016

Antrag

der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Sven-Christian Kindler, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Steffi Lemke, Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Harald Ebner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Britta Haßelmann, Stephan Kühn (Dresden), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nicht um jeden Preis – Großprojekte im Zeit- und Kostenrahmen realisieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In Deutschland entstehen momentan viele Großprojekte, bei denen die Kosten völlig aus dem Ruder laufen. Die Bundesregierung geht nach eigenen Schätzungen davon aus, dass 40 Prozent der Projekte, deren Kostenvolumen über 10 Millionen Euro liegt, den Zeit- und Kostenrahmen sprengen. Oft handelt es sich um politisch gewollte Prestigeprojekte, mit denen architektonische Wahrzeichen geschaffen werden sollen. Die Hamburger wollten mit der Elbphilharmonie nicht nur ein neues Wahrzeichen für Hamburg, sondern darüber hinaus einen der zehn besten Konzertsäle der Welt schaffen. Mit siebenjähriger Verspätung und Mehrkosten von 513 Millionen Euro, etwa acht Mal so viel wie ursprünglich veranschlagt, wird die Elbphilharmonie wohl im Januar 2017 eröffnen.

Noch fataler sieht es für den Berliner Flughafen BER aus. Vor kurzem wurde offiziell, dass wegen der Fehlkalkulationen bei den Passagierzahlen die Interimslösung für den Regierungsteil des Flughafens zur Dauerlösung werden soll. Der jetzige Flughafen Berlin-Schönefeld soll als Low cost Terminal weiter in Betrieb bleiben. Ein genauer Eröffnungstermin steht noch immer nicht fest – nur ein vager Zeitraum, der mit fortschreitender Bauphase immer unwahrscheinlicher wird. Was hingegen jetzt schon feststeht, sind Mehrkosten von momentan mindestens 2,9 Milliarden Euro, das entspricht deutlich mehr als dem doppeltem der ursprünglich veranschlagten Kosten. Die tatsächlichen Baukosten sind nicht absehbar, genauso wenig wie der genaue Eröffnungstermin. Fünf Jahre nach dem geplanten Eröffnungstermin 2011 steht noch immer nicht fest, wann das erste Flugzeug abheben wird.

Ein weiteres Beispiel ist Stuttgart 21. Das Fragezeichen hinter der geplanten Inbetriebnahme des neuen Tiefbahnhofes 2021 wird immer größer – genauso wie die Kosten. Momentan liegt der Kostenrahmen bei geschätzten 6,5 Milliarden Euro.

Viele dieser Kostenexplosionen und Zeitverzögerungen bei Großprojekten sind vermeidbar, wenn die unter Fachleuten geltenden Grundsätze und Regeln bei Planung, Bau und Abnahme einfach eingehalten werden würden.

Planung und Organisation sind das A und O jedes Großprojektes. Häufig werden Projekte aber so geplant, dass der Zeit- und Kostenrahmen nur auf dem Papier eingehalten wird. Kosten werden künstlich zu gering veranschlagt, um die Zustimmung zu den Projekten zu erhöhen. Die Folge ist, dass dann beim Bauen massive Erweiterungen und Anpassungen nötig werden, die am Ende zu den bekannten Verzögerungen und Kostensteigerungen führen. Hinzu kommen als weitere Kostentreiber: unvollständige Planungen, Änderungswünsche im Bauverlauf, fehlende Öffentlichkeitsbeteiligung, mangelnde personelle Ausstattung sowie Kompetenzfragen in den Ämtern und Kontrollinstanzen. Auch das Ausweichen auf Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) drehen an der Kostenschraube. Aus den Erfahrungen ist bekannt: ÖPP-Projekte als Finanzierungsalternative staatlicher Aufgaben werden politisch nur unzureichend kontrolliert, sind intransparent und im Vergleich zur Finanzierung durch die öffentliche Hand unwirtschaftlich. Für den Steuerzahler ist eine solche Lösung teuer.

Um Großbauten im Zeit- und Kostenrahmen zu halten, braucht es eine realistische Planung und ein effektives Controlling, einen verlässlichen rechtlichen Rahmen, die konsequente Einhaltung des Wirtschaftlichkeitsprinzips, eine Stärkung der Schlüsselrolle der Bauverwaltung sowie Transparenz und Bürgerbeteiligung von Anfang an.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ein Programm zur Einhaltung der Zeit- und Kostenrahmen bei bundeseigenen Großprojekten aufzulegen, das folgende Anforderungen enthält:

Realistische Planung und Controlling

– die konsequente Umsetzung des Prinzips „erst planen, dann bauen" und eine Straffung der Organisation, die sich die Erfahrung der Bauverwaltung zunutze macht,
– eine vollständige und fertige Planung vor Abschluss des Bauvertrags verbindlich festschreiben, um so Nachtragsforderungen seitens der Auftragnehmer eindämmen und Nachtragsforderungen als geläufige Handhabe der Bauunternehmen verhindern,
– realistische Terminpläne und ein angemessenes Budget auf belastbarer Basis zu erstellen und genehmigen,
– bei jedem Projekt eine Bedarfsprüfung und eine Null-Variante vorlegen und Nichtumsetzung von Bauprojekten als gleichberechtigte Option zulassen. In diesem Sinne die Planung realistisch und ergebnisoffen gestalten,
– die Projektleitung nicht politischen Wünschen unterordnen, sondern eine Projektleitung einzusetzen, die baufachliche, kaufmännische und juristische Kompetenzen aufweist,
– nach Vertragsabschluss eine Gegendokumentation aufzulegen, um eine Prüfung beim Nachtragsmanagement zu erleichtern;

verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen

– das Bauvertragsrecht so anpassen, dass durch Klagen von Unternehmen keine systematischen Nachteile für den Bund und den Steuerzahler entstehen,
– die Anpassung des Bauvertragsrechts, um der Erpressbarkeit öffentlicher Bauträger durch Großunternehmen, die aufgrund ihrer Größe bei der Bauausführung eine Monopolstellung innehaben, einen Riegel vorzuschieben,

- Überprüfung der Vergabeordnung und Einführung qualitativer Kriterien. Auf dieser überarbeiteten Grundlage Bauprojekte des Bundes so planen und bauen, dass der Kostenrahmen eingehalten wird, indem bei der Auftragsvergabe konsequent das Prinzip der Wirtschaftlichkeit angewandt wird und realistische Kostenkalkulationen vorrangig berücksichtigt werden;

konsequente Einhaltung des Wirtschaftlichkeitsprinzips

- den vollständigen Verzicht auf ÖPP-Projekte, da es keine unabhängigen Untersuchungen zur Kostensenkung bei ÖPP-Projekten gibt;

eine starke öffentliche Verwaltung

- qualitativ und quantitativ angemessen Personal stellen bzw. neu einstellen, um eine qualitativ gute Eigenleistung der Bauverwaltung zu sichern,
- ein professionelles Management von Bauprojekten, das durch eine angemessene Ausstattung des öffentlichen Bauherrn mit Know-how und Personal abgesichert ist,
- das Outsourcing deutlich begrenzen und damit den Verbleib von Planungs- und Bauexpertise in der Bauverwaltung sichern,
- eine belastbare, leistungsfähige, projektspezifische Projektorganisation installieren und mit ausreichender Verantwortung und Kompetenz ausstatten,
- die Korruption im Baubereich bekämpfen und dafür den Zoll mit mehr Personal ausstatten;

Transparenz und Bürgerbeteiligung

- für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten sorgen. Von Seiten des Projektmanagements müssen Informationen verfügbar gemacht werden, um Chancen und Risiken transparent abwägen und entscheiden zu können. Dazu gehört auch die Offenlegung der Kalkulation im Vergabeverfahren, mehr Öffentlichkeit und Transparenz herstellen, indem Ausschüsse öffentlich tagen und die Verdingungsunterlagen veröffentlicht werden,
- den Deutschen Bundestag in die Lage versetzen, den Bau und die entstehenden Kosten transparent zu überblicken,
- für eine umfassende Dokumentation über Ziele, Risiken, Kosten und Termine zu sorgen,
- bei innovativen Pilotprojekten, wie etwa der Verwendung neuer Verfahren oder Baustoffe im Bereich des energieeffizienten Bauens, Ergebnisse und Bauverlauf evaluieren und die entsprechenden Daten in eine Datenbank einpflegen, auf die bei Planungen von Bundesbauten zugegriffen werden kann und soll,

Berlin, den 10. Mai 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Die Planung und Durchführung von Großprojekten muss in Deutschland endlich wieder vom Kopf auf die Füße gestellt und unnötige Steuermehrausgaben müssen vermieden werden. Die Bundesregierung hat bereits eine Analyse veröffentlicht. Aber es gibt keine weitergehende Initiative, die Kosten bei bundeseigenen Großprojekten nachhaltig und strukturiert zu reduzieren.



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333